



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

FÜNF JAHRE EU-MITGLIEDSCHAFT POLENS

- | | |
|---------------------------------------------------------------|----|
| ■ ANALYSE | |
| Polen fünf Jahre in der EU – wirtschaftlich ein großer Erfolg | 2 |
| Reinhold Vetter, Warschau | |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN | |
| Wirtschaftliche Kennziffern | 8 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 19. Mai bis 01. Juni 2009 | 11 |

Analyse

Polen fünf Jahre in der EU – wirtschaftlich ein großer Erfolg

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Polens Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist eine Erfolgsgeschichte. Der Beitritt des Landes zur Gemeinschaft am 1. Mai 2004 gehört zu den wichtigsten Errungenschaften seit dem Systemwechsel in den Jahren 1989/90. Das wissen auch die polnischen Bürger zu schätzen. Selbst auf dem vorläufigen Höhepunkt der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Frühjahr 2009 fiel die Zustimmung zur EU nicht unter 75 %. Die Umfragen zeigen, welche Erfolge die Menschen mit der Mitgliedschaft verbinden: den ökonomischen Fortschritt Polens, die Durchlässigkeit der Grenzen aufgrund des Schengen-Systems, die Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten überall in Europa, die Stabilisierung der Landwirtschaft. Die globale Krise verdeutlicht aber auch die Gefahren der Integration in die europäischen und internationalen Märkte. Nun muss sich zeigen, wie stabil gerade die ökonomischen Fundamente sind, die mit dem EU-Beitritt geschaffen wurden. Die künftige Haltung der Polen zur EU wird nicht zuletzt davon abhängen, wie die Gemeinschaft die Folgen der Krise überwindet.

Natürlich war der EU-Beitritt vor fünf Jahren nicht die Stunde Null des wirtschaftlichen Erfolgs, ebenso wenig wie die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft die einzige strukturelle Basis dafür ist, dass sich Polen auf den internationalen Märkten behaupten kann. So schuf die 1989 eingeleitete ökonomische Transformation die entscheidende Grundlage dafür, dass Polen heute über eine funktionierende Marktwirtschaft verfügt. Der verfassungsrechtlich und gesetzlich fundierte Wandel umfasste damals alle Bereiche der Wirtschaft und des Finanzsektors sowie die entsprechenden Institutionen. Später, nach der Einleitung des Beitrittsprozesses aufgrund der Anerkennung der Kopenhagener Kriterien der EU durch Polen, war die Übernahme des Rechtsbestands der Gemeinschaft (Acquis Communautaire) der nächste entscheidende Schritt zur Festigung der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes. Polen engagiert sich aber nicht nur in der EU, sondern auch in anderen internationalen Institutionen wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds und OECD.

Auch die Öffnung Polens für ausländisches Kapital erfolgte schon vor dem EU-Beitritt. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment – FDI) hat die wirtschaftliche Struktur des Landes verändert, das technologische Niveau der Produktion angehoben, für mehr Produktivität gesorgt und so die Konkurrenzfähigkeit der polnischen Exportprodukte gestärkt. Ebenso vollzog sich die Umorientierung und Diversifizierung des Außenhandels weg von der einseitigen Bindung an die Partner des einstigen sozialistischen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) schon Jahre vor der Eingliederung in die EU.

Auch die harten Erfahrungen der gegenwärtigen globalen Krise sind, wenngleich strukturell anders gelagert, im Grunde nicht Neues für das marktwirtschaftliche Polen. Schon im Rahmen der sogenannten Transformationsrezession in den frühen 1990er Jahren ging das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dramatisch zurück. Der damalige Strukturwandel, der vor allem durch den Abbau industrieller Strukturen, die Reduzierung landwirtschaftlicher Tätigkeit und den Aufbau eines modernen Dienstleistungssektors gekennzeichnet war, führte zur Vernichtung vieler Arbeitsplätze. Erst viel später ging die Arbeitslosigkeit systematisch zurück.

Generell lässt sich sagen, dass die wirtschaftliche Dynamik der jungen EU-Staaten Ostmitteleuropas in erster Linie daher rührt, dass sie den Entwicklungsrückstand gegenüber dem Westen aufholen wollen. Im Rahmen dieser Anstrengung spielt die EU eine ganz wichtige Rolle.

Licht und Schatten der ökonomischen Integration

Die Integration in den gemeinsamen Markt führte zu einem konjunkturellen Aufschwung, der sich insbesondere durch Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 6,2 % und 6,6 % in den Jahren 2006 und 2007 manifestierte. Lag das BIP im Jahr 2003 bei 43 % des EU-Durchschnitts, so erreichte es bereits 51 % im Jahr 2008. Signifikant stieg auch der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen, der im Jahr 2007 den bisherigen jährlichen Spitzenwert von 16,6 Mrd. Euro für den Zeitraum seit 1989 erreichte. Deutschland entwickelte sich zum größten Investor in Polen. Außerdem profitierte der polnische Außenhandel vom EU-Beitritt. Sein Volu-

men erreichte 2008 das Zweieinhalbfache des Wertes von 2003. Auch beim Austausch von Waren und Dienstleistungen ist Deutschland der wichtigste Partner Polens. Es wäre Gegenstand einer gesonderten Untersuchung, den Aufschwung einzelner Branchen der polnischen Volkswirtschaft im Zuge der EU-Integration zu analysieren, als da wären der Dienstleistungssektor, insbesondere Straßen- und Lufttransport, die Lebensmittelindustrie und der Fahrzeugbau. Andererseits demonstriert die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise auch die Schattenseiten der Integration Polens in die europäischen und die globalen Märkte. Das Land ist nun stärker internationalen Konjunkturzyklen, finanzwirtschaftlichen Verwerfungen und Energieproblemen unterworfen. Wer sich der globalen Marktwirtschaft aussetzt, muss auch deren Defizite aushalten.

Dabei steht Polen weitaus besser da als die anderen EU-Staaten Ostmitteleuropas und auch einige EU-Mitglieder im Westen. So liegen die Prognosen für die Entwicklung des polnischen BIP in diesem Jahr bei Werten zwischen plus 1,5 und minus 1,5 %. Zum Vergleich: Das BIP wird in Lettland und Estland um 16 bis 18 %, in Rumänien, Ungarn und der Slowakei um 4 bis 6 % und in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und Frankreich um 3 bis 7 % zurückgehen.

Zusammen mit der Tschechischen Republik gehörte gerade auch Polen in den letzten Monaten zu denjenigen EU-Staaten, die sich gegen den im Zuge der globalen Krise aufkommenden nationalen Protektionismus in der Gemeinschaft gewehrt haben – einen Protektionismus, wie er besonders bei der Absicherung französischer Autoproduzenten sichtbar wurde, die andererseits gerade durch ihre Produktionsstätten in östlichen EU-Staaten enorme Profite erzielt hatten.

Nachhaltige Modernisierung

Jenseits der konjunkturellen und finanziellen Folgen der gegenwärtigen weltweiten Erschütterungen verfügt Polen über ökonomisch-zivilisatorische, aus der EU-Mitgliedschaft resultierende Errungenschaften, die auch durch die globale Krise nicht abgeschwächt oder gar außer Kraft gesetzt werden können. So hat in der Wirtschaft bzw. in den mit ihr befassten Institutionen ein erster Entbürokratisierungsprozess eingesetzt, der sich in den nächsten Jahren fortsetzen dürfte. Die Energiewirtschaft des Landes wurde durch die Übernahme des *Acquis Communautaire* gezwungen, mehr Konkurrenz und damit Preiswettbewerb zuzulassen. Die Produkte der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie haben durch die Beachtung der EU-Qualitätsstandards eine größere Konkurrenzfähigkeit auf den westlichen Märkten erlangt.

Angesichts des verschärften EU-internen Wettbewerbs wurden viele private polnische Unternehmer gezwungen, Führungstätigkeit, Marktanalyse, Finanzplanung und Produktionssteuerung zu verbessern. Die Bedeutung kleiner und mittelständischer Unternehmen in Polen hat zugenommen, auch wenn bis heute kein wirkliches »Gründerklima« herrscht.

Aber nicht nur die Wirtschaft insgesamt und die Unternehmenseite haben vom EU-Beitritt Polens profitiert. Auch die Arbeitnehmer spüren die Vorteile der Mitgliedschaft. Durch die Integration des Landes in den europäischen Binnenmarkt kommen sie stärker mit modernen Technologien, Produktionsabläufen und Arbeitsprozessen sowie Führungsmethoden in Berührung. Andererseits erleben sie am eigenen Leib, welche politischen und materiellen Druckmittel gerade auch westliche Investoren anwenden, wenn sie ihren Profit maximieren wollen oder aber wegen des harten Konkurrenzkampfes auf den nationalen und globalen Märkten Kosten sparen wollen. Dazu zählt das Abdrängen der Gewerkschaften, die Etablierung ausgefeilter Prämiensysteme und im Extremfall die Verlagerung von Produktionsstätten in andere Länder. Mit dem Beitritt zur EU musste auch Polen lernen, wie schwierig Sozialpolitik unter den Bedingungen der Globalisierung ist.

Ein ganz entscheidender Faktor ist die Migration. Die EU-Mitgliedschaft hat die Mobilität vieler Polen stark erhöht. In den Jahren 2004 bis 2007 stieg die Zahl derjenigen, die in westlichen EU-Staaten arbeiteten, von 1 Mio. auf zeitweise 2,3 Mio. Die meisten polnischen Arbeitsemigranten, aber auch Studenten gingen nach Großbritannien, Irland, Deutschland, in die Niederlande und nach Italien, je nach dem Grad der Öffnung der Arbeitsmärkte dieser Länder. Inzwischen hat die Migration in westliche Richtung etwas nachgelassen. Im Zuge der globalen Krise kehren Polen gerade aus Großbritannien und Irland zunehmend in die Heimat zurück.

Kaum zu überschätzen sind die positiven kulturellen Auswirkungen der Migration. Viele, gerade junge Polen, die im Westen waren oder weiterhin dort sind, haben ihre Fremdsprachenkenntnisse verbessert, ihre fachliche Qualifikation erhöht und die kulturell-gesellschaftlichen Gegebenheiten ihres Gastlandes näher kennengelernt – auch wenn sie oft Tätigkeiten ausübten oder ausüben, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Besonders seit dem EU-Beitritt Polens haben viele junge Menschen mit Hilfe ihrer Familien zunehmend Geld in ihre Aus- und Fortbildung investiert, um sich besser auf einen Aufenthalt im Westen vorzubereiten. Die Migration ist außerdem ein finanzieller Faktor. Polnische Emigranten schi-



cken jährlich bis zu 20 Mrd. Zloty nach Hause, womit sie nicht nur ihren Familien helfen, sondern auch zur Begrenzung des Defizits in der polnischen Leistungsbilanz beitragen.

Nicht zu übersehen sind aber auch die negativen Folgen der Migration. Gerade in denjenigen Regionen Polens, in denen ausländische Investoren besonders aktiv sind, kam es zu einem empfindlichen Mangel an Fachkräften. Das wiederum führte zu einem überdimensionalen Anstieg der Einkommen in bestimmten Branchen, der den Zuwachs an Arbeitsproduktivität weit übertraf. Zu einem enormen gesellschaftlichen Problem wurde das Phänomen der »Migrationswaisen«, also die große Anzahl von Kindern, die von ihren emigrierenden Eltern bei Verwandten und Bekannten in Polen zurückgelassen wurden, was die Gefahr der Vernachlässigung nach sich zieht, so dass sie in ihrer psychischen, schulischen und sozialen Entwicklung gehemmt werden.

Generell gesehen hat die EU-Mitgliedschaft Polens den heimischen Arbeitsmarkt stark verändert. Der wirtschaftliche Boom stoppte den jahrelangen Anstieg der Arbeitslosigkeit und führte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gerade in technologisch hochwertigen Branchen. Schließlich sank die Arbeitslosenquote erheblich unter 10 %, wozu natürlich auch die Emigration beitrug. Inzwischen nimmt die Arbeitslosigkeit aufgrund der Auswirkungen der globalen Krise wieder zu, wobei aber nicht zu erwarten ist, dass sie erneut jene dramatischen Ausmaße annimmt, wie sie vor und nach der Jahrtausendwende gegeben waren.

Weitgehend ungelöst sind nach wie vor die großen strukturellen Probleme des polnischen Arbeitsmarktes, wie die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen und älteren Menschen sowie in bestimmten Regionen und Branchen und außerdem die nach wie vor im europäischen Vergleich katastrophal niedrige Beschäftigungsquote. Das von der Regierung Tusk aufgelegte Programm »50plus« zur Wiedereingliederung älterer Menschen in den Arbeitsprozess dürfte erst mittelfristig Wirkung erzielen.

Verkehrssystem noch weit vom mittleren EU-Standard entfernt

Wer durchs Land fährt und seine Eindrücke mit früheren Erfahrungen vergleicht, erkennt sehr schnell, wie sehr sich die polnische Infrastruktur im Zuge der EU-Mitgliedschaft des Landes verändert hat. EU-Gelder vor und nach dem Beitritt haben erheblich dazu beigetragen, den Bestand an Autobahnen, Landstraßen, Eisenbahnlinien, Brücken, Mülldeponien und Kläranlagen zu erweitern und zu verbessern. Das gilt für die West-Ost-Autobahn A2 zwischen Stryków (nahe Lodz) und Nowy Tomyśl

(westlich von Posen) und die schlesische Autobahn A4 ebenso wie für die Schnellstraßen S1 (Bielsko-Biała-Cieszyn), S7 (Białobrzegi–Jedlińsk) und S22 (Elbing–Grzechotki) sowie für die Modernisierung bzw. Teilmodernisierung der Eisenbahnverbindung Warschau–Berlin, Warschau–Lodz und Siedlce–Terespol.

Doch bei genauerem Hinsehen begreift man auch sehr schnell, dass Polen gerade hinsichtlich des Verkehrssystems noch sehr weit vom mittleren Standard der EU entfernt ist. Geht es beispielsweise um die Dichte des Autobahnnetzes, dann liegt Polen unter den 27 EU-Mitgliedern an vorletzter Stelle, nur noch »übertrafen« durch Lettland. Die Ursachen für diese Defizite sind objektiver Natur (geographische Gegebenheiten, Kumulation von Infrastrukturproblemen in bestimmten Regionen, bürokratisch-administrative Hinterlassenschaften des Sozialismus), resultieren aber auch aus aktuell ausgeprägten Mängeln (starke Bürokratisierung des EU-Geld-Managements, mangelndes Regelwerk für öffentliche Ausschreibungen, Führungsschwäche regionaler und lokaler Verantwortlicher, unproduktiver Dirigismus der Warschauer Regierungszentrale).

Der EU-Beitritt hat aber auch bewirkt, dass sich die Mehrheit der polnischen Bauern zum ersten Mal seit Beginn der marktwirtschaftlichen Transformation in den Jahren 1989/90 als Gewinner der neuen Zeiten begreift.¹ Dies steht im klaren Gegensatz zu den negativen Prognosen der EU-Skeptiker, insbesondere des rechten politischen Spektrums im Vorfeld der EU-Beitritts am 1. Mai 2004.

Der massive Zufluss von EU-Geldern (Direkthilfen für die Landwirte, Beihilfen für die Produzenten von Zuckerrüben, Obst, Milch, Raps sowie für Tierzüchter u. a. m.) hat dazu beigetragen, dass der durchschnittliche Verdienst der in der Landwirtschaft Tätigen im Jahr 2008 um 90 % über dem von 2000 lag. Außerdem hat sich seit der Öffnung der Grenzen gezeigt, dass Teile der polnischen Landwirtschaft durchaus der internationalen Konkurrenz standhalten können. Der polnische Agrarexport stieg deutlich an. Bis heute verzeichnet Polen einen deutlichen Überschuss im Handel mit den meisten anderen EU-Staaten.

Doch fünf Jahre nach dem EU-Beitritt zeigt sich auch, dass der Strukturwandel in der polnischen Landwirtschaft noch nicht sehr weit gediehen ist. Das gilt besonders für die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe, die Erhöhung der Produktivität und

¹ Siehe unter anderem Polen-Analysen Nr. 51 vom 5.5.2009. Kwasowski, Marcin/Zaleski, Sebastian: Die Landwirtschaft in Polen fünf Jahre nach dem Beitritt zu Europäischen Union. <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen51.pdf>

die Reduzierung der Beschäftigung. Trotzdem ist die Zahl modern wirtschaftender Agrarbetriebe in einzelnen polnischen Regionen wie etwa Niederschlesien in den letzten Jahren stark angestiegen. Vermutlich wird dieser Modernisierungsprozess noch mindestens ein Jahrzehnt anhalten.

Ohne EU-Mittel wäre vieles nicht möglich gewesen

Wie schon am Beispiel der Infrastruktur und der Landwirtschaft gezeigt, hat Polen erheblich von EU-Geldern profitiert – sowohl vor dem Beitritt als auch während der fünfjährigen Mitgliedschaft. Ohne diese Hilfe wäre der ökonomische Fortschritt des Landes geringer ausgefallen. Allein im Zeitraum zwischen 1. Mai 2004 und 31. Dezember 2008 flossen 26,5 Mrd. Euro an EU-Mitteln ins Land. Da Polen in derselben Periode einen Mitgliedsbeitrag von 12,5 Mrd. Euro entrichten musste, blieb ein Nettoertrag von 14 Mrd. Euro. Laut EU-Finanzrahmen für 2007 bis 2013 kann Polen in diesem Zeitraum insgesamt 68 Mrd. Euro erwarten. 70 % des ehrgeizigen Straßenbauprogramms der Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk, das sich auf einen Gesamtwert von 121 Mrd. Zloty beläuft, sollen mit diesen Geldern finanziert werden.

Aus einer Aufstellung des Regierungsamts für EU-Integration (Urząd Komitetu Integracji Europejskiej – UKIE) geht hervor, dass die EU-Mittel in den letzten Jahren vor allem für den Bau und die Modernisierung von Straßen und Eisenbahnlinien, die Entsorgung und Verwertung von Müll, die Einrichtung von Industrieparks und Technologiezentren, die Modernisierung von Krankenhäusern und Sportanlagen, den Bau moderner Netze für den Datentransfer sowie die Restaurierung von Bau- und Kunstdenkmälern verwendet wurden. Regional gesehen waren die Woiwodschaften Masowien, Schlesien, Niederschlesien, Großpolen, Kleinpolen und Lodz die wichtigsten Nutznießer. Viele polnische Privatunternehmer, die sich erfolgreich um EU-Unterstützung bemühten, konnten in diesem Zusammenhang auch ihre Produkt- und Finanzplanung verbessern.

Andererseits liegt bei der Nutzung von EU-Mitteln noch vieles im Argen. So wurde von den Geldern, die im Rahmen der Kohäsionsfonds in den Jahren 2004 bis 2006 für größere Infrastrukturprojekte im Transportwesen und im Umweltschutz bewilligt wurden, bis heute nur knapp die Hälfte abgerufen. Bei den Strukturfonds waren es immerhin gut 90 %. Die Gründe für dieses Manko sind vielfältig; dazu zählen die bürokratischen eigentumsrechtlichen Hemmnisse beim Autobahn- und Straßenbau, die mangelnde Transparenz bei

öffentlichen Ausschreibungen, Schwierigkeiten bei der inländischen Gegenfinanzierung von Projekten, Widersprüche zwischen infrastrukturellen Erfordernissen und ökologischen Schutzvorschriften, Kompetenzgerangel zwischen der Warschauer Regierungszentrale und regionalen bzw. lokalen Behörden und die schlichte Unfähigkeit von Verwaltungen, förderungswürdige Projekte zu entwerfen.

Wie wichtig die EU-Finzen für Polen sind, zeigt sich gerade auch in der gegenwärtigen globalen Krise. So bewilligten die Staats- und Regierungschefs während des EU-Gipfels im März 2009 einen Hilfsfonds von 50 Mrd. Euro, der für EU-Mitglieder zur Verfügung steht, die wie Polen noch nicht der Eurozone angehören. Angesichts der vergleichsweise moderaten Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen des Landes kann es sich die polnische Regierung vorerst leisten, Gelder aus diesem Fonds nicht in Anspruch zu nehmen.

Doch die Krise verdeutlicht auch eine Fehlentscheidung der nationalkonservativen Regierung von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński, die bis Herbst 2007 im Amt war. Anders als die slowakische Regierung versäumte sie es, in der damals noch günstigen wirtschaftlichen und finanziellen Situation den Beitritt Polens zur Eurozone auf den Weg zu bringen. So war die slowakische Krone die einzige ostmitteleuropäische Währung, die im Verlauf der Krise (bis zur Einführung des Euro am 1. Januar 2009) von dramatischen Kursschwankungen verschont blieb. Nun, da die Krise ihre volle Wirkung entfaltet, ist es natürlich schwieriger, die Weichen für eine baldige Übernahme des Euro zu stellen. Immerhin hat die Regierung Tusk im September 2008 das Ziel der Übernahme des Euro politisch deutlich aufgewertet. Bislang hält sie an der »Arbeitshypothese« fest, dass Polen die EU-Gemeinschaftswährung am 1. Januar 2012 einführen solle. Das aber würde bedeuten, dass das Land noch in diesem Jahr in die Vorbereitungsphase Wechselkursmechanismus II (engl.: ERM II) eintreten muss, was aber nur möglich ist, wenn vorher ein fester Kurs des Zloty zum Euro festgelegt wird. Doch das erscheint schwierig, da Polen vorerst das Maastricht-Kriterium eines maximalen Defizits im Staatshaushalt von 3 % des BIP nicht erfüllt. Im Jahr 2008 lag das Defizit bei 3,9 %, in diesem Jahr könnte es sogar mehr als 6 % betragen. Die EU-Kommission hat deshalb ein Defizitverfahren gegen Polen empfohlen. Auch die Einhaltung des Inflationkriteriums dürfte in diesem und im kommenden Jahr schwierig werden.

Im EU-Rat der Finanzminister (Ecofin) und in den Gremien der Europäischen Zentralbank (EZB) ist die

Bereitschaft, Polen grünes Licht für den Euro zu geben, auch deshalb nicht besonders ausgeprägt, weil man nicht weiß, ob Polen noch in diesem Jahr in der Lage sein wird, die verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Grundlagen für die baldige Übernahme des Euro zu schaffen. Das gilt z. B. für die notwendige Änderung der Verfassung. Die nationalkonservative Opposition um den früheren Ministerpräsidenten Jarosław Kaczyński möchte die Einführung des Euro am liebsten auf unabsehbare Zeit verschieben und auch die Polnische Zentralbank (Narodowy Bank Polski – NBP) legt keine besondere Eile an den Tag.

Immerhin ist es der Regierung Tusk gelungen, die Debatte über die Einführung des Euro aus den Kreisen der Experten in die polnische Öffentlichkeit zu tragen und damit die Bürger des Landes mit der Erkenntnis vertraut zu machen, das in absehbarer Zeit der Verzicht auf das »Nationalheiligtum« Zloty anstehen könnte. Das zeugt vom politischen Mut der Regierung.

Schengen sehr populär

Ein wichtiger Schritt zur Förderung des Warenaustausches, des Transportverkehrs und der Reisefreiheit der Bürger zwischen Polen und seinen EU-Nachbarn war der Beitritt des Landes zum sogenannten Schengen-System. Selten hat ein Ereignis derart viel europäischen Enthusiasmus der Menschen in Polen freigesetzt wie die Abschaffung der Grenzkontrollen im Dezember 2007. Polizei und Grenzschutz betonen, dass durch die aus den Schengen-Vereinbarungen resultierende verstärkte Sicherung der östlichen und südöstlichen EU-Außengrenze Polens Schmuggel und illegaler Personenverkehr spürbar zurückgegangen seien. Polen empfindet es als Prestigegewinn, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex in Warschau stationiert wurde. Fachleute betonen aber auch, dass die Agentur mit ihrem Standort in der polnischen Hauptstadt doch reichlich weit von den Brennpunkten der EU-Migrationsproblematik im Mittelmeer und an den Außengrenzen zum Balkan angesiedelt und damit nicht voll einsatzfähig sei. Andererseits wurde in Słubice ein polnisch-deutsches Polizeizentrum eingerichtet, das z. B. den einschlägigen Datenaustausch gewährleistet.

Sehr unterschiedlich sind die Meinungen in Polen, wenn es darum geht, die ökonomischen Folgen der Anpassung an die ökologischen Standards der EU zu bewerten. Immerhin herrscht Einigkeit darüber, dass der Anpassungsprozess zu einer graduellen Anhebung der Luft-, Wasser- und Bodenqualität geführt und damit sowohl die Grundlagen wirtschaftlicher Tätigkeit als auch die Lebensqualität der Bürger verbessert hat. Ohne

die entsprechenden EU-Gelder wäre dieser Fortschritt nicht möglich gewesen. Das polnische Regierungsamt für EU-Integration schätzt, dass die Umweltausgaben in den zwei Jahrzehnten nach dem Beitritt am 1. Mai 2004 etwa 120 bis 140 Mrd. Zloty umfassen werden – finanziert sowohl mit EU- als auch mit einheimischen Mitteln.

Der Widerspruch zwischen dem ökonomisch-infrastrukturellen Reformbedarf Polens und den EU-Standards für den Umweltschutz führte wiederholt auch zu politischen und juristischen Streitigkeiten zwischen Warschau und Brüssel. So musste die Regierung Tusk schließlich dem Druck der EU nachgeben und einer Fernstraßenverbindung im Nordosten Polens zustimmen, die um das Naturschutzgebiet Rospuda herumführt. Tusks Vorgänger Kaczyński hatte sich aus ökonomischen und verkehrspolitischen Gründen für eine Trasse quer durch das Naturschutzgebiet entschieden.

Der innerpolnische Streit dreht sich auch um die Frage, ob Polen im Vorfeld des EU-Beitritts zu wenig Übergangsfristen in Sachen Ökologie ausgehandelt hat – Übergangsfristen gerade im Sinne jener Branchen, denen es schwerfällt, Konkurrenzfähigkeit auf den einheimischen und internationalen Märkten zu erlangen, ohne mit den Umwelтанforderungen der EU in Konflikt zu geraten. Anders als die polnischen Unternehmen hatten ihre westlichen Konkurrenten und damit deren Tochterunternehmen in Polen seit Jahrzehnten die Möglichkeit, sich auf die Umweltstandards der EU einzustellen.

Immerhin hat Polen im Zuge der Beitrittsgespräche zehn Übergangsfristen ausgehandelt, die insbesondere Unternehmen der polnischen Energiewirtschaft die Anpassung an EU-Verhältnisse erleichtern sollen. Den polnischen Regierungsvertretern gelang es außerdem, auf dem EU-Gipfel im Dezember 2008 den von der Brüsseler Kommission vorgeschlagenen Katalog für den Klimaschutz so zu modifizieren, dass die Kosten für die polnischen Unternehmen und privaten Haushalte reduziert wurden.

Bürger messen den politischen Institutionen der EU wenig Bedeutung bei

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die EU-Mitgliedschaft Polen ökonomisch gestärkt und damit auch resistenter gegen globale Krisen wie die gegenwärtige gemacht hat. Wichtige Errungenschaften dieser fünf Jahre haben allgemeinen Charakter und werden weit über den jetzigen Krisenzyklus hinaus Bestand haben. EU-Mitglieder Ostmitteleuropas wie Polen und die Tschechische Republik, anders als die baltischen Staaten, Ungarn und perspektivisch die Slowakei, kommen

auch deshalb besser durch die Krise, weil ihr wirtschaftliches Wohlergehen nicht ganz so stark von Export abhängig bzw. ihr Binnenmarkt größer ist und weil ihr enormes Wachstum der letzten Jahre eben nicht nur von kreditgetriebenem Konsum abhing, der besonders in Lettland und Estland inzwischen völlig eingebrochen ist.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob das bisherige ökonomische Krisenmanagement der Regierung mittelfristig ausreichen wird. Anders als ihre Kollegen in den westlichen und auch einigen östlichen EU-Staaten haben sich Tusk und seine Minister bisher eher moderat verhalten, wenn es um Konjunkturprogramme, Einsparungen im Staatshaushalt und staatliche Hilfen für den Finanzsektor ging. In jüngster Zeit deutet sich an, dass der Ministerpräsident mit dem Antikrisen-Engagement seines Finanzministers Jacek Rostowski eher unzufrieden ist.

Deutlich sichtbar ist auch, dass das ökonomische Erstarken des EU-Mitglieds Polen auch zur Festigung seiner politischen Position in der Gemeinschaft beigetragen hat. So war es kein Zufall, dass Warschauer Warnungen gegen nationalen Protektionismus etwa Frankreichs im Rahmen der europäischen Krisendebatte durchaus Gehör fanden, ebenso wie die Mahnungen aus Prag. Auch die von Polen maßgeblich mit auf den Weg gebrachte so genannte »Östliche Partnerschaft« hat eine handfeste ökonomische Komponente. Im Apparat der EU-Kommission gewinnen die mehr als 1.000 polnischen Mitarbeiter an Einfluss.

Während die Erweiterung vom Mai 2004 und die damit verbundene wirtschaftliche Integration die EU im globalen Umfeld ökonomisch gestärkt hat, steht die

weitere politische Integration der Gemeinschaft in den Sternen. Selbst wenn der Lissaboner Reformvertrag die letzten Hürden nehmen sollte, sind entscheidende Fragen damit noch nicht beantwortet:

- Wie wird der Vertrag in der Praxis funktionieren?
- Wie wird mit den Beitrittswünschen der Ukraine, der Türkei und einiger Balkanstaaten umgegangen?
- Wie wird das Demokratiedefizit in der Gemeinschaft überwunden?
- Wie wird die strategische Führungskraft der EU-Spitzen und die Effektivität des EU-Apparats gestärkt?

Auch die Autoren der Studie »5 years of Poland in the European Union« des Regierungsamts für EU-Integration sind sich dessen bewusst, dass auch Polen nicht um eine Diskussion dieser Fragen herumkommt – umso mehr, als die Umfragen ein deutliches Missverhältnis offenbaren, was darin besteht, dass zwar 75 % der Gesellschaft die EU-Mitgliedschaft des Landes eindeutig befürworten, aber nur 20 bis 30 % beabsichtigen, an der Wahl zum Europäischen Parlament teilzunehmen. Die Bürger sehen die ökonomischen Vorteile der EU, messen den politischen Institutionen der Gemeinschaft aber kaum Bedeutung zu.

So ist die polnische Regierung auch nicht zu beneiden, wenn es um die Vorbereitung der EU-Präsidentschaft des Landes in der zweiten Jahreshälfte 2011 geht. Es dürfte nicht einfach werden, die bislang für die Präsidentschaft anvisierten Schwerpunkte wie künftige Erweiterungen, die Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Entwurf des EU-Finanzrahmens für 2013 bis 2019 sowie die Diversifizierung von Energieträgern tatsächlich zum Arbeitsprogramm zu machen.

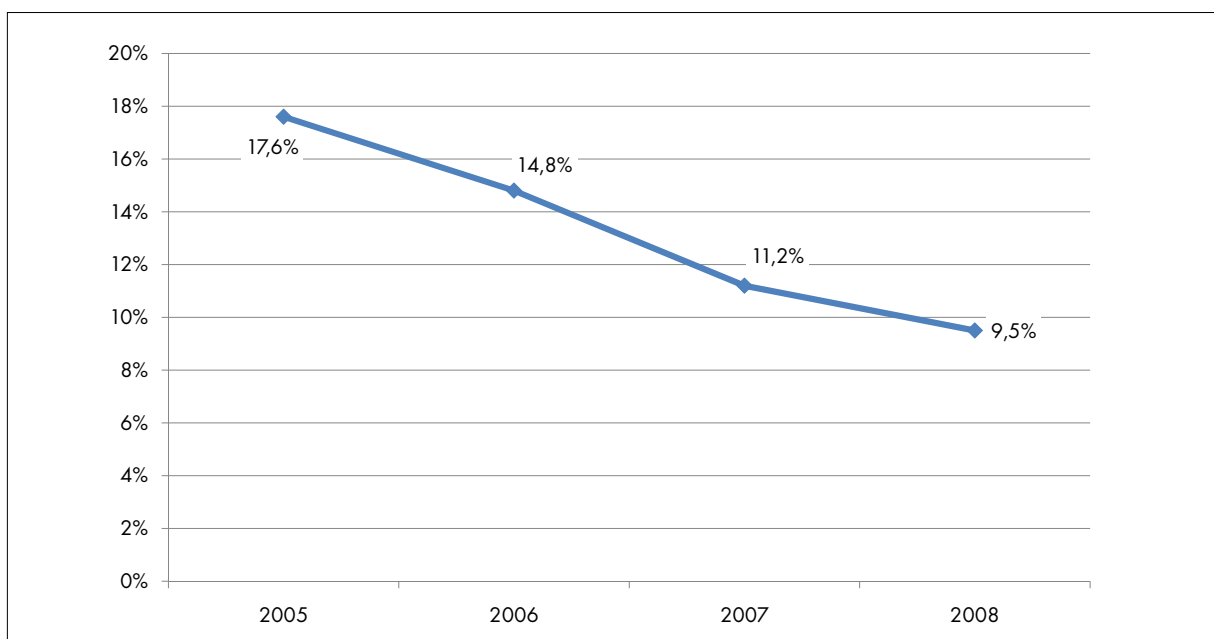
Über den Autor

Reinhold Vetter lebt als freier Publizist in Warschau. Bis 1994 war er Polen-Korrespondent des ARD-Hörfunks, dann bis Frühjahr 2009 Korrespondent des Handelsblattes für Ostmittel- und Südosteuropa. Zuletzt erschien von ihm »Wohin steuert Polen? Das schwierige Erbe der Kaczynskis«. Links-Verlag, Berlin 2009.

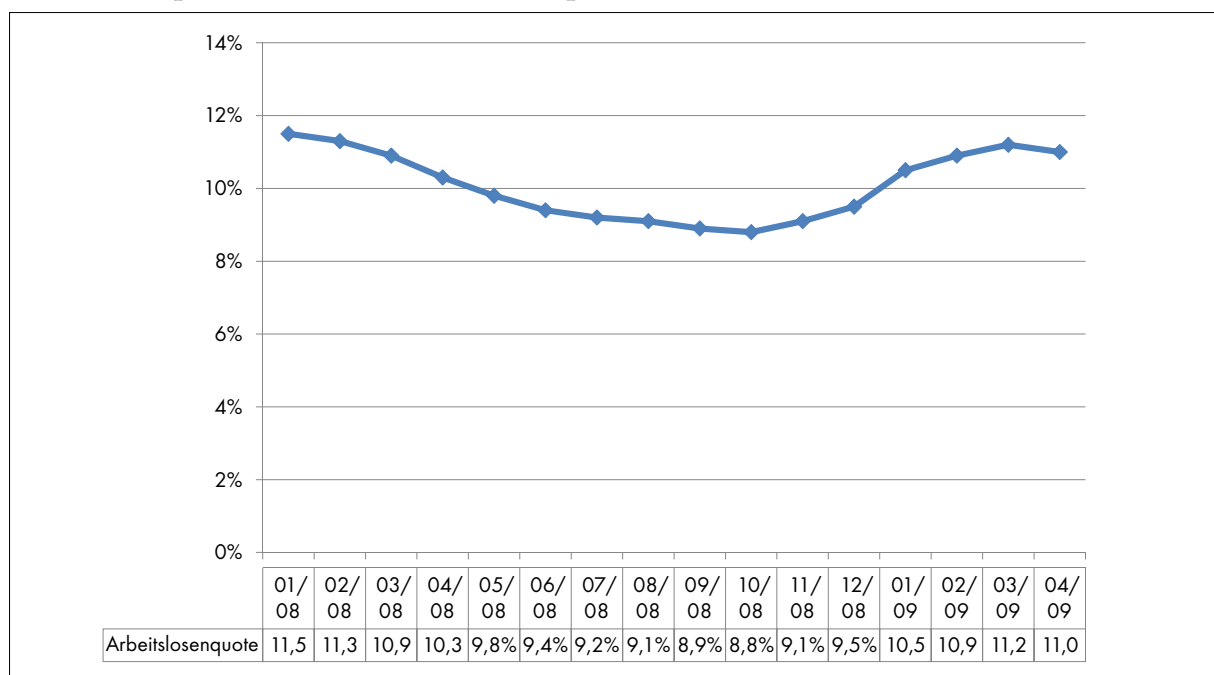
Tabellen und Grafiken

Wirtschaftliche Kennziffern

Arbeitslosenquote in Polen 2005 – 2008 (%)

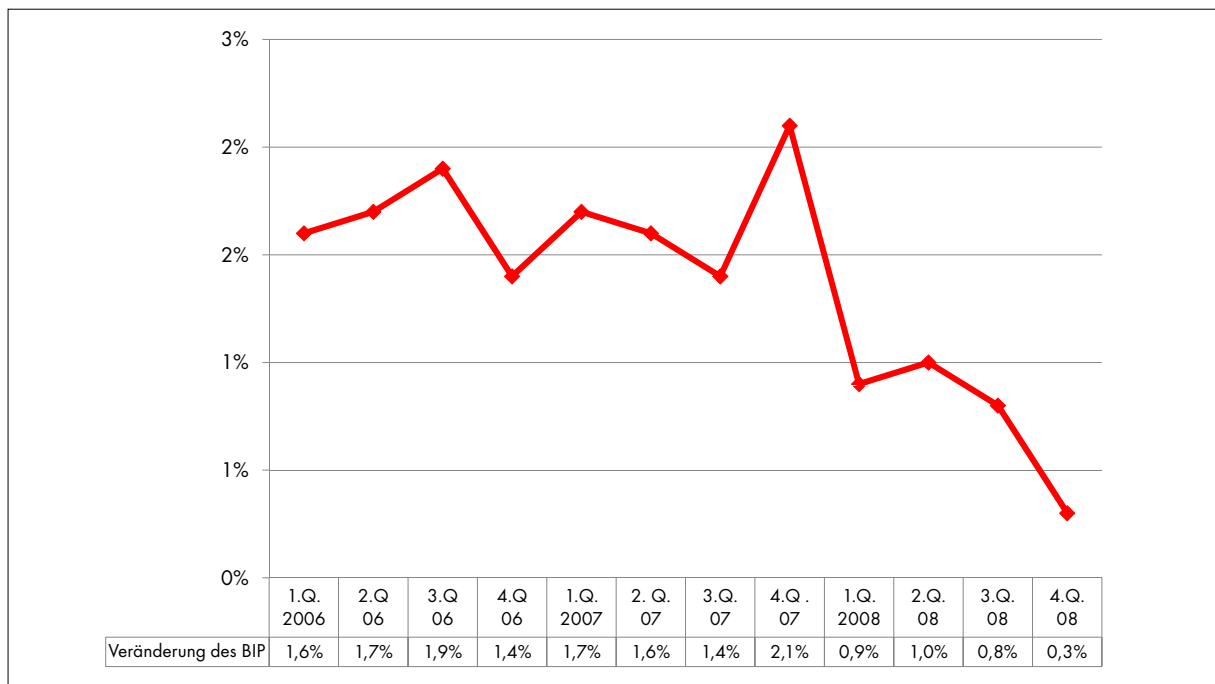


Arbeitslosenquote in Polen Januar 2008 – April 2009 (%)



Quellen: Ministerstwo Gospodarki [Wirtschaftsministerium]: Polska. Podstawowe wskaźniki makroekonomiczne [Polen. Makroökonomische Basisdaten]. Marzec 2009 [März 2009], http://www.mg.gov.pl/NR/rdonlyres/C14A5DE8-7236-4770-A72D-44D7A0454F93/54023/tektura_U03_09.pdf (abgerufen am 26.05. 2009) und Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Biuletyn Statystyczny nr. 4/2009, www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_oz_biuletyn_statystyczny_04m_2009.pdf (abgerufen am 26.05. 2009).

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts zum vorangegangenen Quartal (%)
(saisonbereinigt, berechnet in Preisen des Jahres 2000)



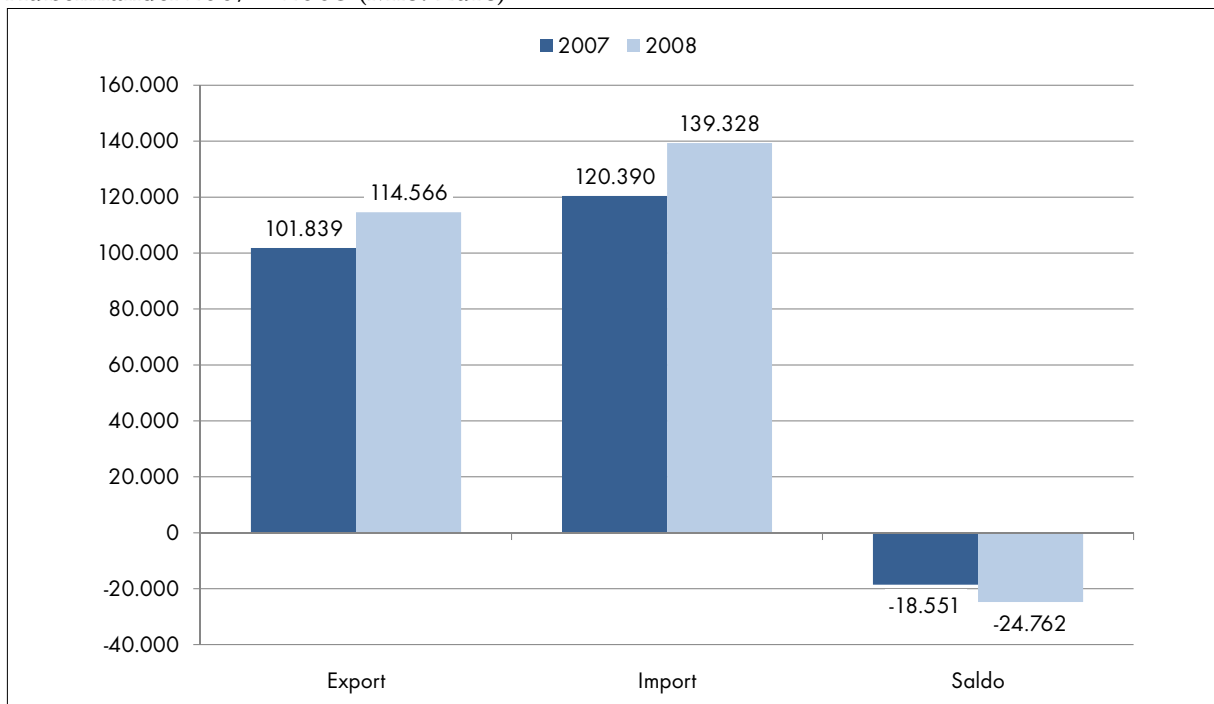
Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Produkt krajowy brutto w IV kwartale 2008r. [Das Bruttoinlandsprodukt im IV. Quartal 2008], Warszawa 2.03.2009, www.stat.gov.pl/gus/5840_1338_PLK_HTML.htm (abgerufen am 26.05. 2009).

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Ländern der Europäischen Union (vorangegangenes Quartal = 100, saisonbereinigt)

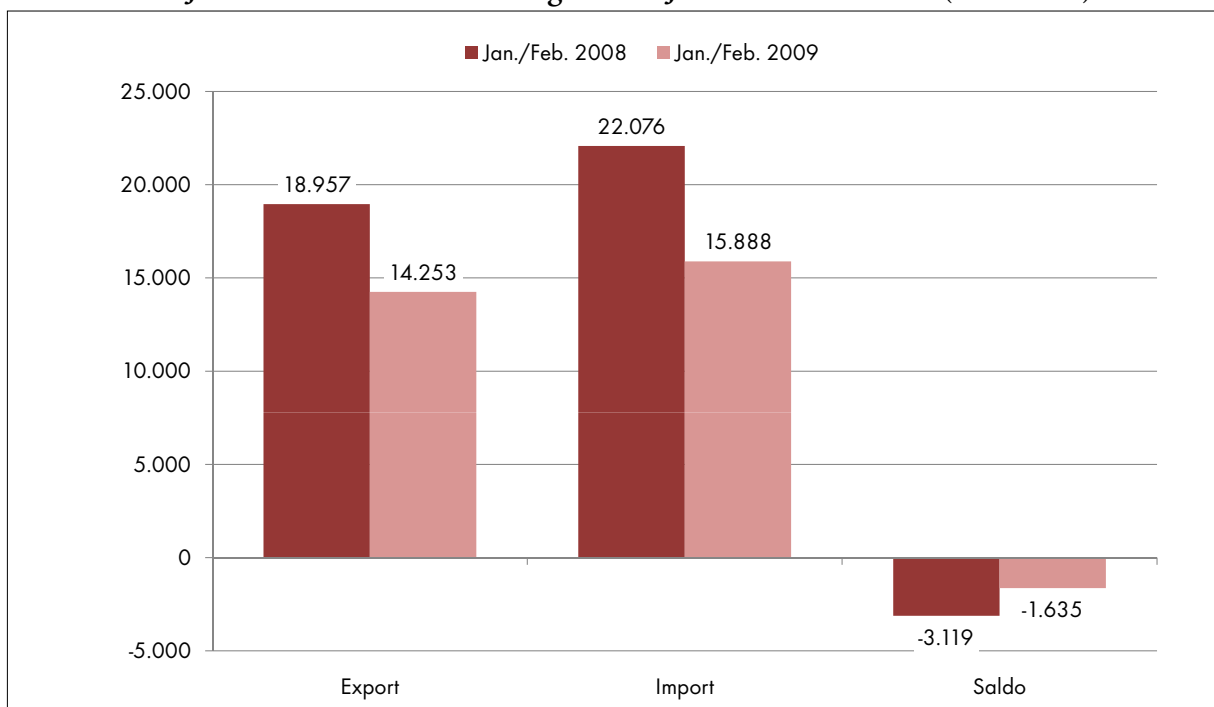
	1. Quartal 2008	2. Q. 2008	3.Q. 2008	4. Q. 2008
EU-27	100,5	99,9	99,7	98,5
Eurozone (16)	100,6	99,8	99,8	98,4
Deutschland	101,5	99,5	99,5	97,9
Frankreich	100,4	99,7	100,1	98,9
Großbritannien	100,3	100,0	99,3	98,4
Polen	100,9	101,0	100,9	100,4
Estland	98,5	98,3	97,8	95,7
Lettland	95,0	98,6	99,6	96,1
Litauen	100,2	100,2	99,7	98,6
Malta	100,5	100,6	100,4	99,9
Slowakei	96,6	101,9	101,8	102,1
Slowenien	101,9	100,6	100,8	95,9
Tschechien	100,6	100,7	100,3	99,1
Ungarn	100,5	99,9	99,4	98,8
Zypern	100,8	100,8	100,6	100,6

Quelle: Główny Urząd Statystyczny [Statistisches Hauptamt]: Biuletyn Statystyczny nr. 4/2009, www.stat.gov.pl/cps/rde/xbcr/gus/PUBL_oz_biuletyn_statystyczny_04m_2009.pdf (abgerufen am 26.05. 2009).

Außenhandel 2007 – 2008 (Mio. Euro)

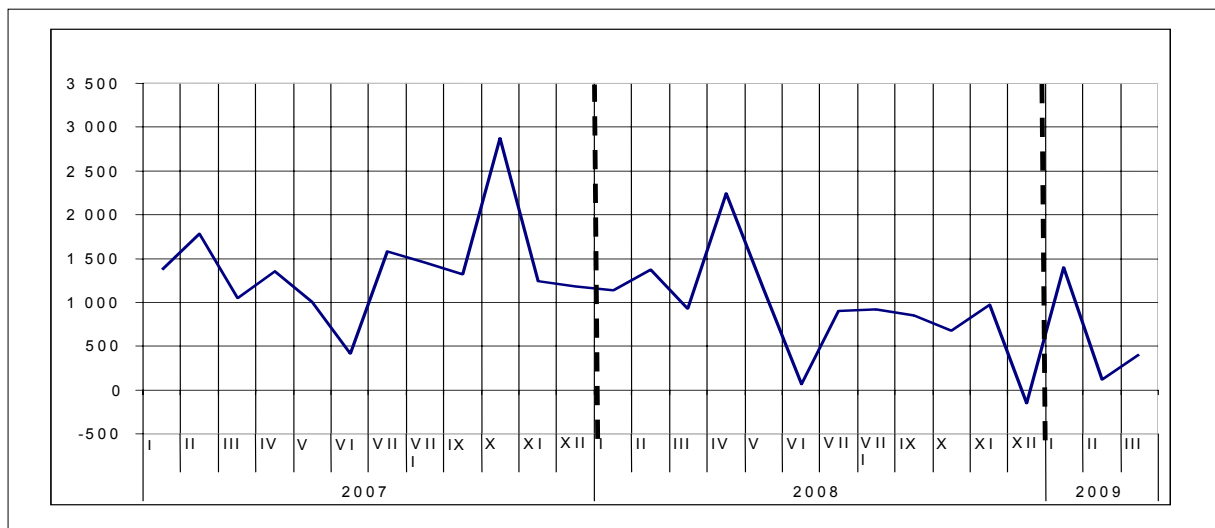


Außenhandel Januar/Februar 2008 im Vergleich zu Januar/Februar 2009 (Mio. Euro)



Quelle: Ministerstwo Gospodarki [Wirtschaftsministerium]: Polska. Podstawowe wskaźniki makroekonomiczne [Polen. Makroökonomische Basisdaten]. Marzec 2009 [März 2009], www.mg.gov.pl/NR/rdonlyres/C14A5DE8-7236-4770-A72D-44D7A0454F93/54023/tektura_U03_09.pdf (abgerufen am 26.05. 2009).

Ausländische Direktinvestitionen in Polen Januar 2007 – März 2009 (Mio. Euro)



Quelle: Ministerstwo Gospodarki [Wirtschaftsministerium]: Informacja o sytuacji w handlu zagranicznym w marcu 2009 r. i po pierwszym kwartale br. [Information über die Situation des Außenhandels im März 2009 und nach dem ersten Quartal 2009], Warszawa 19. maja [Mai] 2009, <http://www.mg.gov.pl/Analizy+i+prognozy/HANDEL+ZAGRANICZNY/Handel+zagraniczny.htm> (abgerufen am 26.05.2009).

Chronik

Vom 19. Mai bis 01. Juni 2009

19.05.2009	Ministerpräsident Donald Tusk ernennt Hanna Trojanowska zur Regierungsbevollmächtigten für Atomenergie. Laut Regierungsbeschluss soll das erste Atomkraftwerk Polens bis 2020 vom polnischen Energiekonzern Polska Grupa Energetyczna (PGE) und einem ausländischen Investor gebaut werden. Die Entscheidung für den ausländischen Investor könne bereits im nächsten Jahr fallen, so Trojanowska.
20.05.2009	Das Verfassungsgericht entscheidet, dass der Ministerpräsident die vom Ministerrat ausgearbeitete Regierungsposition auf EU-Gipfeln vertritt. Der Staatspräsident hat das Recht, an den EU-Gipfeln teilzunehmen und im Rahmen seiner Kompetenzbereiche zur Regierungsposition Stellung zu nehmen. Hintergrund des Urteils ist ein Regierungsantrag zur Klärung des Kompetenzstreits zwischen Regierung und Staatspräsident, wer die polnische Position auf EU-Gipfeln vertreten darf.
21.05.2009	Der Sejm verabschiedet ein neues Mediengesetz. Neben Änderungen der Finanzierung der öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten und einer Umstrukturierung der Regionalprogramme sieht es einen anderen Besetzungsschlüssel für den Landesrundfunk- und Fernsehrat (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) vor. Demnach wird dieser statt wie bisher aus fünf aus sieben Mitgliedern bestehen, von denen drei vom Sejm und jeweils zwei vom Senat und vom Staatspräsidenten bestimmt werden.
22.05.2009	In einer Rede vor dem Sejm äußert Staatspräsident Lech Kaczyński Zweifel daran, dass die Regierung angesichts der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und zur Vermeidung des Anstiegs der Arbeitslosigkeit getroffen hat. Er hebt hervor, dass Polen aufgrund der drastischen Sparpolitik der Regierung, die u. a. Investitionskürzungen für die Infrastruktur und das Bildungswesen umfasst, für ausländische Investoren an Attraktivität verlieren könne, und fordert eine Umstrukturierung des öffentlichen Haushalts. Die Situation erfordere die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Staatspräsident und Opposition zur Ausarbeitung eines umfassenden Antikrisenplans. Des Weiteren solle die Krise als Gelegenheit wahrgenommen werden, eine Debatte über das polnische Modell des Kapitalismus zu führen.



22.05.2009	In einer Rede vor dem Sejm zeigt sich Ministerpräsident Donald Tusk optimistisch, dass Polen die Wirtschafts- und Finanzkrise schnell überwindet, und erinnert an bisher getroffene Maßnahmen wie die Stabilisierung des Zlotykurses und die Garantie für die Spareinlagen der Bürger. Tusk begrüßt das Angebot des Staatspräsidenten zur Zusammenarbeit beim Krisenmanagement. Ein gemeinsamer Plan erfordere Mut, Besonnenheit und vor allem einen »Waffenstillstand« zwischen Regierung, Staatspräsident und Opposition.
23.05.2009	Im Zusammenhang mit Medienspekulationen, dass Polen US-amerikanische Patriot-Raketen nur zu Schulungszwecken, d. h. nicht für Kampfeinsätze ausgerüstet, erhalten werde, erklärt Ministerpräsident Donald Tusk, dass auch dies für Polen von Nutzen wäre. Vor allem aber handele es sich bei der Installation des amerikanischen Raketenabwehrschields in Polen und Tschechien um ein amerikanisches Projekt und es bestehe kein Anlass, auf eine Entscheidung zu drängen.
25.05.2009	Die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) reicht im Sejm einen Antrag auf ein Misstrauensvotum gegenüber Finanzminister Jacek Rostowski ein. Hintergrund sei Rostowskis Darstellung der gegenwärtigen Lage Polens angesichts der globalen Krise im Sejm letzte Woche. Es habe sich gezeigt, dass er kein Konzept für den Haushalt des laufenden Jahres habe und die öffentlichen Finanzen nicht überblicke, so die stellvertretende PiS-Vorsitzende Aleksandra Natalli-Świat. Auf einer Pressekonferenz betont Rostowski, dass in Polen keine Finanzkrise aufgetreten und keine Bank zusammengebrochen sei. Realwirtschaftlich gehe es Polen besser als anderen Ländern, die sich außerdem zur Krisenbekämpfung hoch verschuldet hätten.
26.05.2009	In Warschau eröffnen Staatspräsident Lech Kaczyński und der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker die mit internationalen Wissenschaftlern besetzte Konferenz »Genese des Zweiten Weltkriegs«, die aus Anlass des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren von den Außenministerien Polens, Deutschland und Russlands organisiert wurde.
27.05.2009	Im Deutschen Historischen Museum in Berlin eröffnet der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, gemeinsam mit dem polnischen Kulturminister Bogdan Zdrojewski die Ausstellung »Deutsche und Polen. 1.9.39. Abgründe und Hoffnungen«. Die Ausstellung umfasst die Zeit von den polnischen Teilungen bis zur Gegenwart und wurde in Zusammenarbeit mit polnischen Historikern konzipiert.
27.05.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński unterschreibt ein Entschädigungsgesetz, das die Todesopfer von Aufständen und Protesten in der Volksrepublik betrifft. Danach können ihre Angehörigen eine Entschädigung in Höhe von 50.000 Zloty beantragen.
28.05.2009	Auf einer Wahlkampfveranstaltung in Thorn zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni kritisiert der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, die regierende Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) dafür, dass sie nicht entschieden auf den gemeinsamen Wahlauftritt von CDU/CSU zur Europawahl reagiere, in dem die in der EU geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit als »ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat auch der deutschen Vertriebenen« bezeichnet wird und gefordert wird, Vertreibungen jeder Art international zu ächten. Insbesondere kritisiert er Außenminister Radosław Sikorski, der eine gemeinsame Erklärung zum Wahlauftritt von CDU/CSU abgelehnt hatte.
29.05.2009	Bei einem Treffen von Staatspräsident Lech Kaczyński mit fünf ehemaligen Finanzministern wird die finanzielle Situation in Polen in Zusammenhang mit der globalen Finanzkrise thematisiert.
31.05.2009	Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Zbigniew Chlebowski, ist eine vom Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, vorgeschlagene Verfassungsänderung nicht nötig, da die polnische Verfassung die polnischen Interessen sicherstelle. Ziel des Vorschlags von Kaczyński war, durch eine Verfassungsänderung Eigentum an Grund und Boden in den westlichen und nördlichen Woiwodschaften vor der Rückgabe an ehemalige deutsche Bewohner zu schützen.
01.06.2009	In einer Rede vor Studenten der Technisch-Naturwissenschaftlichen Universität in Bromberg nennt Außenminister Radosław Sikorski die Verteidigungspolitik der Europäischen Union als möglichen Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft Polens in der zweiten Jahreshälfte 2011.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen